

.....STEINECKEN.....

der Gemeinde

.....GISINGEN.....

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 3a Bundesbaugesetz (BBaug) vom 23. Juni 1966 (BGBl. S. 341) gemäss § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 12.11.1965 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der GemeindeGISINGEN..... durch den Landrat, - Kreisbauamt - Planungsstelle -.

Festsetzungen gemäss § 9 Absatz 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

- | | |
|---|---|
| 1. Geltungsbereich |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 2. Art der baulichen Nutzung | |
| 2,1 Baugebiet |ALLGEMEINES WOHNGEBIET..... |
| 2,1,1 zulässige Anlagen |SIEHE § 4 (2) BAU NVO * |
| 2,1,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen |KLEINTIERSTÄLLE..... |
| 2,2 Baugebiet |REINES WOHNGEBIET..... |
| 2,2,1 zulässige Anlagen |WOHNGEBÄUDE..... |
| 2,2,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen |KEINE GEM. § 1 (4) BAU NVO..... |
| 3. Mass der baulichen Nutzung | |
| 3,1 Zahl der Vollgeschosse |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 3,2 Grundflächenzahl |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 3,3 Geschossflächenzahl |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 3,4 Baumassenzahl |ENTFÄLLT..... |
| 3,5 Grundflächen der baulichen Anlagen |ENTFÄLLT..... |
| 4. Bauweise |OFFENE EINZELHÄUSER..... |
| 5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 6. Stellung der baulichen Anlagen |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 7. Mindestgrösse der Baugrundstücke |~ 540 m ² |
| 8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden) |NACH BESONDERER EINWEISUNG..... |
| 9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken |INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN..... |
| 10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf die Baugrundstücke |ENTFÄLLT..... |
| 11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf |ENTFÄLLT..... |
| 12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen |GESAMTER GELTUNGSBEREICH..... |
| 13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist |ENTFÄLLT..... |
| 14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung |ENTFÄLLT..... |
| 15. Verkehrsflächen |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen |NACH BESONDEREM PLAN..... |
| 17. Versorgungsflächen |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen |ENTFÄLLT..... |
| 20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe |ENTFÄLLT..... |
| 21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen |ENTFÄLLT..... |
| 22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft |ENTFÄLLT..... |
| 23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen |SIEHE ZEICHNUNG..... |
| 24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen |ENTFÄLLT..... |
| 25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind |ENTFÄLLT..... |
| 26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder beträchtlich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung |ENTFÄLLT..... |
| 27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern |DER VORGARTEN IST ALS ZIERGARTEN ANZULEGEN..... |
| 28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern |ENTFÄLLT..... |

Aufnahme von

Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBaug in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abl. S. 293).

.....SIEHE BESONDERE ANLAGE.....

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBaug in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abl. S. 293).

.....ENTFÄLLT.....

* ZULÄSSIG SIND NACH § 4 (2) BAU NVO


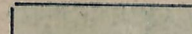


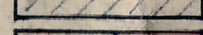


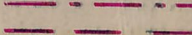
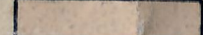
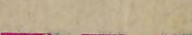
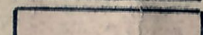
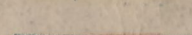


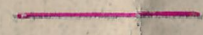

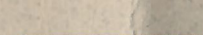
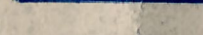

- WOHNGEBÄUDE
- DIE DER VERSORGUNG DES GEBIETES DIENENDEN LÄDEN SCHANK- UND SPEISEWIRTSCHAFTEN SOWIE NICHT STÖRENDEN HANDWERKS BETRIEBE.
- ANLAGEN FÜR KIRCHLICHE KULTURELLE SOZIALE UND GESUNDHEITLICHE ZWECKE.

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind .ENTFÄLLT.....
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmassnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind .ENTFÄLLT.....
3. Flächen, unter denen der Bergbau ungeht .ENTFÄLLT.....
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind .ENTFÄLLT.....

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 4 BBaug

1.
2.
3.

Planzeichen- Erläuterung

	Geltungsbereich		VORGARTEN.....
	Bestehende Gebäude		GEPLANTER ABWASSERKANAL.....
	Geplante Gebäude		GEPLANTE LEITUNG DER VSE.....
	Bestehende Strassen		SCHUTZBEREICH DER GEPLANTEN LEITUNG.....
	Geplante Strassen		BUNGALOW.....
	Bestehende Grundstücksgrenzen		MASTSTATION.....
	Geplante Grundstücksgrenzen		
	Baulinie		
	Baugrenze		
	Entwässerungsrichtung		
	Wasserleitung		
	Starkstromleitung		
	Garagen		
	OFFENE.... Bauweise		
Z	Geschosszahl		
GRZ	Grundflächenzahl		
GFZ	Geschossflächenzahl		
WR	Reines Wohngebiet		
WA	Allgemeines Wohngebiet		

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 BBaug ausgelegen von bis zum

Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBaug als Satzung vom Gemeinderat am beschlossen.

....., den 196..

Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBaug genehmigt.

Saarbrücken, den 196..

Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau

Im Auftrag

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 BBaug wurde am ortsüblich bekanntgemacht.

....., den 196..

Der Bürgermeister

DER LANDRAT DES KREISES SAARLOUIS
KREISBAUAMT – PLANUNGSSTELLE

GEMEINDE: GISINGEN AMTSBEZIRK: WALLERFANGEN

BEBAUUNGSPLAN
„STEINECKEN“

Maßstab: 1 : 500

Blatt:

Gezeichnet: MÜLLER

Saarlouis, DEN 23. MÄRZ 1966

Bearbeitet: *Hewer*

Geprüft: *[Signature]*
KREISBAUOBERINSPEKTOR

[Signature]
(SCHAAR)
KREISOBERBAURAT